

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 11

Artikel: Minderheiten in Aufruhr
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Minderheiten in Aufruhr

Sowohl in der Sowjetunion als auch in Osteuropa hat die Krise des sozialistischen Systems zu einem Aufbegehren ethnischer Minderheiten gegen die jeweilige Zentrale geführt. Diese Begleiterscheinung zum Aufbruch ist um so auffälliger, als sie trotz ganz unterschiedlicher Voraussetzungen an vielen Orten gleichzeitig stattfindet.

Sichtbar überrascht ist der Westen davon, dass der Machtverfall der Sowjetunion durch das Scheitern des Kommunismus nicht so geräuschlos über die Bühne geht, wie es noch 1989, im Jahr der Umstürze in Osteuropa, aussah. Bevor Michael Gorbatschow seine längst fällige «Perestrojka» der Bevölkerung aufzwingen konnte, platzt der Sowjetstaat an den Peripherien schon aus allen Nähten. Die nationalen Minderheiten proben den Aufstand gegen die Moskauer Machtzentrale.

Ähnlich geht es in dem kleineren kommunistischen Vielvölkerstaat zu, in Jugoslawien, wo die Vormachtstellung der Serben von allen Seiten abgelehnt wird. Aber es knirscht auch zwischen den Rumänien und Ungarn in Siebenbürgen; die Türken protestieren in Bulgarien, und sogar die Slowaken betonen ihre Eigenständigkeit gegenüber den Tschechen. Albanien schielt auf die benachbarte Krisenprovinz Jugoslawiens, auf Kosovo, wo weit über eine Million Albaner sich von der Herrschaft Belgrads befreien möchten. Nur mit einer grossen Portion politischer Naivität kann man daran glauben, dass diese Konflikte auf KSZE-Konferenzen friedlich beizulegen seien.

Verlegenheit in Moskau . . .

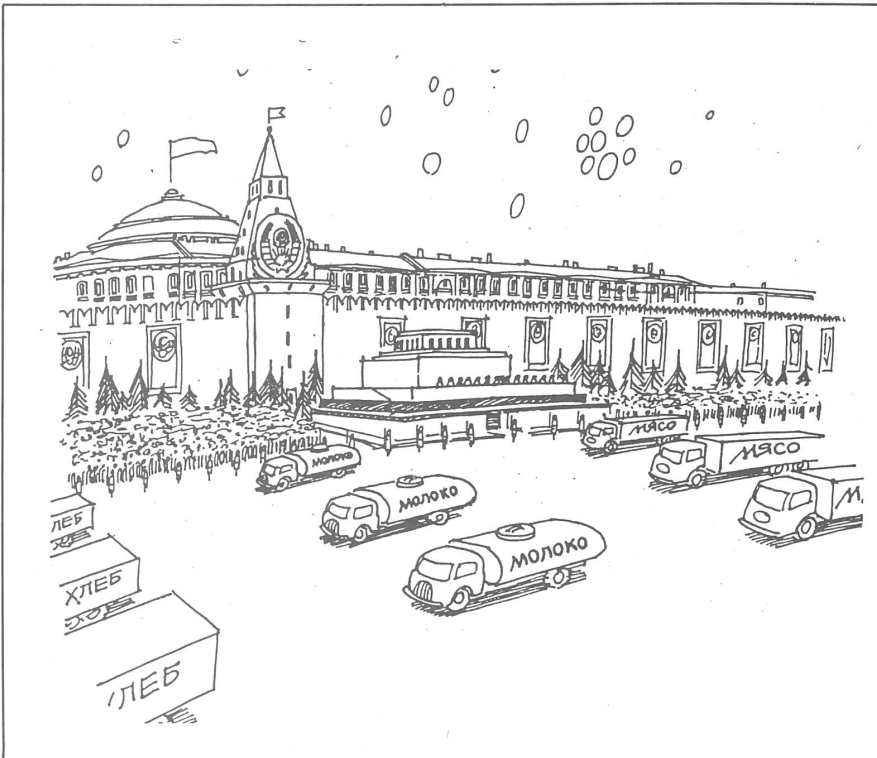
Es war vorauszusehen, dass der Nationalismus in das politische Vakuum dringt, wenn der Kommunismus scheitert, weil die «Hilfs-

völker» hinter der kommunistischen Fassade von den «Führungsvölkern», von Russen, Rumänen, Serben und Bulgaren, rücksichtslos unterdrückt wurden – wesentlich stärker sogar als vor dem Kommunismus. Die Reaktionen der Unterdrückten sind heute noch schwer berechenbar. Jedenfalls scheint es, dass der Los-von-Moskau-Trend in der Sowjetunion ohne Militärgewalt kaum mehr zu stoppen ist. Einerseits aber zeigt Moskaus einst gefürchteter Einschüchterungsapparat keine grosse Wirkung mehr, andererseits kann man die Menschen mit Panzern nicht zur Arbeit zwingen, wie das Beispiel der polnischen «Solidarität» unter dem Kriegsrecht dies deutlich bewiesen hatte.

Auch Gorbatschows Taktik, die Wirtschaftsblockade, ist ein zweischneidiges Schwert, denn der Ausfall des Warenaustausches würde die ohnehin prekäre Wirtschaftssituation im Kernland Russland ebenso stark erschweren wie bei den zu bestrafenden Republiken.

Und bei einem härteren militärischen Vorgehen Moskaus wäre durchaus möglich, dass beispielsweise die moslemischen Sowjetvölker sich mit den Balten solidarisch erklärten. Selbst in der Sowjethauptstadt gibt es starke oppositionelle Kräfte, wie es die Anti-Gorbatschow-Demonstration am 1. Mai auf dem Roten Platz zeigte, die für die Abspaltung Litauens, Lettlands und Estlands von der UdSSR eintreten. Auch der Ausbruch eines Bürgerkrieges steht nicht ausserhalb der Realitäten, wenn Moskau die Krise mit Militärgewalt beilegen will.

Dass die Gegensätze zwischen Russen und Nichtrussen so antagonistisch sind, hat einfache Gründe: Die Machthaber in Moskau seit Lenin benutzten die kommunistische Diktatur dafür, dass die Randvölker die rücksichtslose Russifizierung widerstandslos hinnahmen. Dass sie damit die Unterdrückten in ihrem Nationalgefühl tief verletzten, darauf hatten schon die Zaren kaum Rücksicht genommen. Dazu kam ideologische Intoleranz gegenüber den verschiedenen Religionen der Randvölker. Die Kolonialisierung der Nichtrussen wurde durch den auch nach der Oktober-Revolution weiterwirkenden grossrussischen Nationalismus vorangetrieben, dessen heutige Wortführer in der Sowjetarmee die baltischen Staaten am liebsten noch einmal okkupieren möchten.



Die Entfremdung zwischen Moskau und den moslemischen Republiken im südlichen Teil der Sowjetunion ist keineswegs kleiner als im Baltikum. Dieser heute 50 Millionen Menschen zählende, türkisch sprechende Block zwischen der chinesischen und der türkischen Grenze der Sowjetunion – zusätzlich angeheizt von den islamischen Fundamentalisten im Iran und der arabischen Welt – sind vermutlich heute bereit, Moskau den «Jihad», den Heiligen Krieg zu erklären, wenn ihre Imams die Zeit dafür gekommen sehen.

Auch nicht anders ist es bei den zwei christlichen Kaukasus-Völkern, den Georgiern und den Armeniern, die den Russen als Schutzmacht gegenüber ihren moslemischen Nachbarn heute ablehnen. Die Moskauer Diplomatie hat ja im blutigen Konflikt um Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan kläglich versagt.

Nicht weniger Sorge bereitet Gorbatschow der nationale Aufbruch auch in der zweitgrößten sowjetischen Republik, in der Ukraine (50 Millionen Menschen). Die Folgen der März-Wahlen: rasche Gründung verschiedener nichtkommunistischer Parteien, Zerfall innerhalb der kommunistischen Partei, eine Renaissance der katholischen Kirche und die von der Opposition offen demonstrierte Solidarität mit Litauen. Die Forderung nach eigenen ukrainischen Streitkräften, verlangt von einer unruhig gewordenen Jugend, macht hier auch deutlich, wohin die Reise geht.

Ganz deutlich artikuliert sich jedoch der Los-von-Moskau-Trend in der Westukraine und in der benachbarten Sowjetrepublik Moldawien, die erst 1939 durch den Hitler-Stalin-Pakt in die Sowjetunion einverleibt wurden – wie die baltischen Länder.

Gorbatschow, der diese Geister gerufen hat, kann offenbar der Lage nicht mehr Herr werden. Dem Sowjetführer, total herausgefordert durch die Konflikte mit den nationalen Minderheiten, bleibt keine Zeit, sein politisches Werk, die Demokratisierung der Sowjetunion und die wirtschaftliche Modernisierung des Reiches, zu verwirklichen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch ist nun perfekt: Die sowjetischen Firmen können ihre Rechnungen im Westen neuerdings nicht mehr bezahlen. Die Zahlungsunfähigkeit wird den rapiden Machtverfall der Moskauer Zentrale wahrscheinlich noch weiter beschleunigen.

Der Kremlführer steht zwar unter massivem Druck seines Militärs, aber was zu tun ist, was jetzt richtig wäre, um die Auflösungsstendenzen im Sowjetstaat zu stoppen, wissen offensichtlich die Generäle auch nicht. Es fehlt an «rettenden Ideen». Deshalb kann man heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, was in Moskau in den nächsten Monaten geschehen wird. Sicher scheint lediglich, dass der Konflikt zwischen Russen

und Nichtrussen seinen Höhepunkt noch bei weitem nicht erreicht hat.

... und im Westen

Die immer spannungsgeladeneren inneren Verhältnisse im Sowjetreich haben die westlichen Regierungen arg in Verlegenheit gebracht. Besonders anschaulich macht es das amerikanische Dilemma (Präsident Bush – Kongress), ob man die Unabhängigkeit der baltischen Staaten fordern oder Gorbatschow stärken sollte. Die Auseinandersetzung bleibt freilich im verbalen Bereich, weil zurzeit weder Bush noch der Kongress eine Antwort weiss, wie man Gorbatschow bzw. Litauen praktisch helfen könnte.

Ein politisches und wirtschaftliches Chaos in der Sowjetunion käme der westlichen Allianz äusserst ungelegen, weil sie den Ereignissen dort kaum tatenlos zusehen könnte.

Wenn selbst der ehemalige sowjetische Generalstabschef und Berater Gorbatschows, Marschall Achromejew, in Washington die westlichen Befürchtungen über eine wachsende politische Destabilisierung der Sowjetunion bestätigt, so müssen sich die NATO-Staaten und die EG damit auseinandersetzen, welche internationalen Komplikationen eine Auflösungskrise der UdSSR mit sich bringen würde. Es genügt schon darauf hinzuweisen, dass die Volksrepublik China von der Sowjetunion seit langem ein Gebiet von 1,5 Millionen Quadratkilometern zurückfordert; Rumänien möchte Bessarabien (Moldawien) zurückhaben und Polen eventuell einen Teil der Westukraine (Galicien). Eine offene Frage auch, wie sich die sowjetischen Moslemrepubliken verhalten würden, die – bevor sie von den Zaren okkupiert wurden – dem Osmanischen Reich angehörten.

Die inneren Entwicklungen in der Sowjetunion stellen nun die Fragen der internationalen Sicherheit ganz anders, als sie zurzeit wegen der deutschen Wiedervereinigung und des Ausscheidens von Ost-/Mitteleuropa aus dem sowjetischen Machtbereich aufgeworfen wurden.

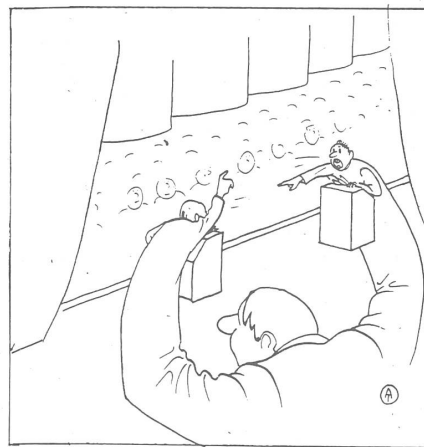
Ost- und Mitteleuropa

Das Scheitern des Kommunismus und die Neugeburt des Nationalismus könnten, wie erwähnt, auch in Südost- und in Mitteleuropa ebenso folgenschwere politische Komplikationen auslösen wie die wachsende Instabilität in der UdSSR. Kaum jemand kann nämlich ernsthaft damit rechnen, dass der Vielvölkerstaat Jugoslawien ohne die zusammenklebende Kraft der kommunistischen Diktatur in der jetzigen Form noch lange weiterbestehen wird. Die reichsten Teilrepubliken Kroatien und Slowenien lehnen die serbische Vorherrschaft ab, und Belgrad kann auch auf lange Sicht nicht viel unternehmen, wenn diese Völker aus dem

Staatsverband austreten wollen. Bei dem Dauerkonflikt der Kosovo-Albaner mit den Serben, der eigentlich die auslösende Ursache der jugoslawischen Staatskrise ist, stehen Kroaten und Slowenen auf der Seite der Albaner. Mit der Öffnung nach Westen will jetzt Albanien möglicherweise den Anschluss für seine Landsleute in Kosovo schmackhaft machen. Je schneller sich die Völker Jugoslawiens aus wirtschaftlichen und politischen Gründen vom Kommunismus abwenden, um so kräftiger werden die nationalen Gegensätze wachsen.

Kaum war der Ceausescu-Kommunismus vorbei, brach schon die alte Feindschaft durch nationale Emotionen auch zwischen Ungarn und Rumänien auf. Diesen möglichen Konfliktherd wegen des harten Schicksals der über zwei Millionen Ungarn in Siebenbürgen dürfte man auch nicht unterschätzen.

Westliche Vorstellungen, dass der Übergang vom Kommunismus zu demokratischen Staatsformen hauptsächlich eine wirtschaftliche Frage sei (wie kann man aus den bankrotten Planwirtschaften prosperierende Marktwirtschaften machen?) erwiesen sich also als politischer Irrtum. Bei der Wiederherstellung der politischen Freiheiten werden zuerst die «alten Rechnungen» eingereicht, und die nationalen Konflikte brechen wieder auf. Wie die Anti-Gorbatschow-Demonstrationen am 1. Mai auf dem Roten Platz in Moskau zeigten, werden die Verdienste des Kremlführers, der diese Proteste mit seiner Reformpolitik ermöglichte, durch das Volk gar nicht honoriert. Diese Erkenntnisse müssen die politischen Umwälzungen im Osten für den Westen in ein ganz anderes Licht rücken. ■



«Krokodil», Moskau, Nr. 26/1989